

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsvorsitzende Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Byrte Janßen

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Michael Kunze

Bürgermeister Fritz Langen

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Prof. Günter Reuter

Ratsmitglied Jasmin Tegge

Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Bürgermeister Holger Barkowsky

Ratsmitglied Peter Debring

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Björn Heinisch

Ratsmitglied Howard Jacques

Ratsmitglied Wolfgang Jeschke

Ratsmitglied Petra Kolbe

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Norbert Schmidt

Ratsmitglied Hermann Stolle

Beigeordneter Michael Veh

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Erster Stadtrat Dr. Jens Gaul

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Heike Hansemann

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Melanie Bratzke

Ratsmitglied Rainer Büscher

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Peter Sokolowski

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 8

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

5.1	Änderung der Hauptsatzung	277/2012
5.2	Wahl einer/eines zusätzlichen Vertreterin/Vertreters des Oberbürgermeisters gemäß § 81 Abs. 2 NKomVG	275/2012
6.1.1	Betrauungsakt für die Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH	274/2012
6.2.1	Bestellung zum Prüfer für das Rechnungsprüfungsamt - Hermann Kallendrusch	237/2012
6.3.1	75. Änderung des Flächennutzungsplans 1973-Sonderbaufläche östlich Sportforum-Feststellungsbeschluss	263/2012
6.3.2	Bebauungsplan Nr. 134, 2. Änderung-Westlich der Käthe-Kollwitz-Schule-Satzungsbeschluss	264/2012
6.3.3	Bebauungsplan Nr. 140-Westlich Möwenstraße- (mit Örtlicher Bauvorschrift) Aufstellungsbeschluss	265/2012
6.3.4	Bebauungsplan Nr. 159 / 1. Änderung -Zwischen Maade und Altengroden- (mit Örtlicher Bauvorschrift) Erneuter Aufstellungsbeschluss	266/2012
6.3.5	64. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven -Zwischen Maade und Altengroden-Erneuter Aufstellungsbeschluss	267/2012
6.3.6	Sanierung westliche Südstadt	268/2012
6.4.1	Änderung der Geschäftsordnung des Stadtteilbeirates Antrag von Ratsherrn Hammadi auf Umstellung der Wertscheinausgabe für Asylbewerber auf Bargeldauszahlung	515/2012

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss bat die Ratsvorsitzende um eine Schweigeminute zum Gedenken an das ehemalige Mitglied des Ortsrates, Frau Erna Martens, verstorben am 30.09.2012, und das ehemalige Ratsmitglied, Herrn Ralf Behnke, verstorben am 11.10.2012, sowie für den am 19.09.2012 verstorbenen 1. Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Herrn Manfred Kaluza.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Zur „aktuellen Stunde“ lagen keine Beratungspunkte vor.

4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

5.1 Änderung der Hauptsatzung **277/2012**

Herr Hellwig erklärte, zu diesem Punkt bestünde sowohl bei der CDU- als auch bei der SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf. Aus diesem Grunde wolle er die **Vertagung auf die nächste Ratssitzung beantragen**.

Der Vertagungsantrag wurde bei 1 Gegenstimme von Herrn Dr. von Teichman, FDP, **mehrheitlich angenommen**.

5.2 Wahl einer/eines zusätzlichen Vertreterin/Vertreters des **275/2012**
Oberbürgermeisters gemäß § 81 Abs. 2 NKomVG

Herr Hellwig beantragte zu diesem Tagesordnungspunkt aus den soeben genannten Gründen ebenfalls die **Vertagung auf die nächste Ratssitzung**.

Herr Biehl hielt einen erneuten Antrag für überflüssig, da aufgrund der Vertagung des ersten Punktes die Voraussetzungen für die Wahl gar nicht gegeben seien.

Der Vertagungsantrag wurde **mehrheitlich bei 1 Gegenstimme von Herrn Dr. von Teichman, FDP, und Enthaltungen der Gruppe Grüne/WBV/Piraten angenommen**.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

6.1.1 Betrauungsakt für die Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische **274/2012**
Kliniken gGmbH

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.10.2012 vor.

Herr Dr. von Teichman verließ seinem Unverständnis gegenüber diesem Schritt Ausdruck. Für ihn sehe es aus, als ob immer weiter in eine wenig aussichtsreiche Zukunft des Reinhard-Nieter-Krankenhauses investiert werden solle. Seines Erachtens werde die Thematik auf diese Art und Weise kein gutes Ende nehmen; vielmehr befürchte er weitere Vorschläge dieser Art, die jedoch in die falsche Richtung deuteten. Die Stadt müsse hier vielmehr unverzüglich eine Privatisierung als die einzig richtige Konsequenz einleiten. Alles andere stelle Hilfskonstruktionen dar, die zu keinem Ergebnis führten.

Auch im Hinblick auf das Argument der Daseinsvorsorge sehe er keine wirkliche Lösung: Die Stadt spiele dabei eine Möglichkeit gegen die andere aus. Einerseits werde versucht, die Finanzlöcher im Reinhard-Nieter-Krankenhaus zu stopfen, andererseits sei die Rede von Fusionsplänen mit dem St. Willehad Hospital. So werde seiner Meinung nach eine falsche Konkurrenz geschaffen.

Aus diesen Gründen bitte er dringend, die Situation noch einmal zu überdenken.

Oberbürgermeister Wagner hielt dem entgegen, dass sich die Zahlen auch im Falle einer Privatisierung nicht umgehend verbesserten. Auch ein solcher Schritt benötige Zeit, in der das Krankenhaus weiter arbeiten müsse und auf finanzielle Unterstützung durch die Stadt als Konzernmutter angewiesen sei. Im Übrigen stehe eine Privatisierung nicht zur Debatte. Hinsichtlich der Anspielung auf das St. Willehad Hospital mache er darauf aufmerksam, dass dieses Haus keine Möglichkeit der finanziellen Unterstützung besitze, da es sich nicht um eine städtische Gesellschaft handele. Daher werde sich die Verwaltung bemühen, parallel eine mögliche Fusion und damit eine Unterstützung auch dieses Krankenhauses weiter voranzutreiben.

Herr Biehl stimmte den Ausführungen von Oberbürgermeister Wagner zu. Es sei wichtig, jetzt einen Abschluss dieser Problematik zu finden. Er plädiere an alle, dies mit der nötigen Gelassenheit zu tun und den Blick nach vorn zu richten. Der Betrauungsakt habe damit allerdings nichts zu tun. Hierbei handle es sich um eine eigenständige Thematik.

Herr Hellwig merkte an, die Stadt befinde sich auf dem richtigen Weg. Das Krankenhaus bedürfe nunmehr der vollen Unterstützung des Rates, um es wieder auf die Beine zu bringen.

Herr Walpurgis vermisste eine weitreichende Information der Mitglieder des Betriebsausschusses und der Gesellschafterversammlung. Die UWG-Fraktion werde sich daher enthalten.

Herr Dr. von Teichman nahm erneut Stellung zum Thema „Privatisierung“. Er bedauerte, dass sich der Rat bislang noch nicht einmal ernsthaft mit dieser Lösung befasst habe. Er appelliere daher erneut, auch eine Privatisierung in einen möglichen Lösungsweg einzubeziehen und in aller Ruhe zu überdenken. Den Betrauungsakte halte er jedoch nach wie vor für den falschen Weg.

Herr Debring wendete ein, der heutige Tagesordnungspunkt werde überschätzt. Dieser ändere nichts an der Rechtslage. Momentan gehe es beim Reinhard-Nieter-Krankenhaus vordringlich um eine Vergangenheitsbewältigung, erst dann könne man an die Planungen für die Zukunft herangehen. Dies sollte zwar ergebnisoffen geschehen; jedoch sollten zunächst die Kooperationsbemühungen weiter vorangetrieben werden, bevor eine Privatisierung in den Fokus rücke.

Herr von den Berg erklärte, es könne für das Reinhard-Nieter-Krankenhaus keine „ad-hoc-Lösung“ geben. Selbstverständlich müsse die Daseinsvorsorge ein wichtiges Thema bleiben, doch eine Privatisierung könne er aufgrund der damit verbundenen Probleme nicht unterstützen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(1 Gegenstimme – Dr. von Teichman, FDP; 3 Enthaltungen – BASU-Fraktion, UWG-Fraktion)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven erlässt den als Anlage beigefügten Betrauungsakt für die Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH.

6.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
(Beigeordneter Becker)

6.2.1 Bestellung zum Prüfer für das Rechnungsprüfungsamt –
Hermann Kallendrusch

237/2012

In Vertretung für Herrn Becker trug **Frau Breuer** den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 01.10.2012 vor.

Herr Jacques signalisierte die Zustimmung von SPD- und CDU-Fraktion.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Hermann Kallendrusch wird mit Wirkung vom 18.10.2012 zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes bestellt.

6.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)

Herr Föhlinger erklärte, die nun folgenden Punkte des Ausschusses für Planen und Bauen seien in dessen letzten Sitzung zunächst als erste Lesung behandelt worden. Er **beantrage daher die Vertagung der Punkte 6.3.1 bis 6.3.6 bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen**, in der die genannten Punkte mit einer Beschlussempfehlung an den Rat verabschiedet werden.

Der Vertagungsantrag von Herrn Föhlinger wurde daraufhin **einstimmig angenommen**.

- 6.3.1 75. Änderung des Flächennutzungsplans 1973 **263/2012**
- Sonderbaufläche östlich Sportforum - Feststellungsbeschluss

Beschluss: -vertagt-

- 6.3.2 Bebauungsplan Nr. 134, 2. Änderung **264/2012**
- Westlich der Käthe-Kollwitz-Schule - Satzungsbeschluss

Beschluss: -vertagt-

- 6.3.3 Bebauungsplan Nr. 140 - Westlich Möwenstraße - (mit Örtlicher Bauvorschrift), Aufstellungsbeschluss **265/2012**

Beschluss: -vertagt-

- 6.3.4 Bebauungsplan Nr. 159 / 1. Änderung **266/2012**
-Zwischen Maade und Altengroden- (mit Örtlicher Bauvorschrift)
Erneuter Aufstellungsbeschluss

Beschluss: -vertagt-

- 6.3.5 64. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven **267/2012**
-Zwischen Maade und Altengroden-
Erneuter Aufstellungsbeschluss

Beschluss: -vertagt-

- 6.3.6 Sanierung westliche Südstadt **268/2012**
Änderung der Geschäftsordnung des Stadtteilbeirates

Beschluss: -vertagt-

6.4 Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Ratsherr Reese)6.4.1 Antrag von Ratsherrn Hammadi auf Umstellung der Wertscheinausgabe für Asylbewerber auf Bargeldauszahlung**515/2012**

Aufgrund der Abwesenheit des Ratsherrn Hammadi trug **Herr Reese** als Ausschussvorsitzender den Antrag vor und erläuterte dessen Hintergründe:

Ich stelle hiermit den Antrag, die Leistungen für Asylbewerber in Form von Gutscheinen zu beenden zugunsten der Bargeldauszahlung.

Begründung : die bargeldlose Auszahlung mittels Gutscheine ist diskriminierend und schränkt die Entscheidungsfreiheit der Menschen und schränkt die Entscheidungsfreiheit der Menschen unnötigerweise ein.

Die Gutscheinregelung verursacht höhere Verwaltungskosten als die Bargeldauszahlung und kann Dritte zum Missbrauch verleiten.

Herr Prof. Reuter gab zu bedenken, dass es eine Verordnung des Landes auf Durchführung der Wertscheinausgabe gebe. Sollte der Rat dem Antrag jedoch zustimmen, handelte er rechtswidrig.

Herr Biehl stimmte dem zu, wendete aber gleichzeitig ein, es gebe auch verschiedene Bundesländer, die mittlerweile Bargeld auszahlten. Er warb gleichzeitig um Verständnis für die Betroffenen, deren Gutscheine oftmals in den Geschäften nicht akzeptiert würden.

Wenn der Rat auch dem Antrag nicht zustimmen könne, könne er sich jedoch im Rahmen einer Resolution ans Innenministerium wenden und die Gründe darlegen, die gegen die Ausgabe von Gutscheine sprechen.

Frau Weinstock beantragte, den Antrag zurückzuziehen, da keine rechtliche Grundlage vorhanden sei.

Herr Föhlinger hielt dem entgegen, dies könne allein durch den Antragsteller geschehen, welcher heute jedoch nicht anwesend sei.

Der Antrag von **Herrn Hammadi** wurde in der anschließenden Abstimmung daher bei 1 Ja-Stimme von Frau Weinstock, BASU-Fraktion, und 3 Enthaltungen, UWG-Fraktion und Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **mehrheitlich abgelehnt**.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es lagen keine Punkte vor.

B. EinwohnerfragestundeFragen zu Angelegenheiten der Gemeinde

(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Auskünfte zu Angelegenheiten der Gemeinde wurden nicht gewünscht.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung

(§ 19 Abs. 2 des Geschäftsordnung des Rates)

Herr Radmer bat bezüglich Tagesordnungspunkt 6.1.1 „Betrauungsakt für die Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH“ um Auskunft, welche Gesellschaften in Wilhelmshaven noch mit Betrauungsakten versehen werden sollen.

Herr Stoffers erklärte, die Stadt habe bereits in verschiedenen Gesellschaftsverträgen unter dem „Gesellschaftszweck“ Betrauungsakte verankert. Aufgrund geänderter Anforderungen und aktueller Rechtsprechung habe die Stadt tatsächlich weitere Betrauungsakte vorgesehen. Neben dem Reinhard-Nieter-Krankenhaus solle auch die WTF-S, dort die Verkehrsbetriebe, einen solchen erhalten. Zu prüfen bleibe, ob auch die Bäder, das Parkhaus im Zentrum und die GEW mit Betrauungsakten belegt werden müssen. Diese Angelegenheit werde die Stadt mit externer Unterstützung vorbereiten.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Radmer** ergänzte **Herr Stoffers**, es sei beabsichtigt, die Prüfung noch in diesem Jahr abzuschließen.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 16:45 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin